

Was man über das Wahlrecht wissen sollte!

Rechtliche Grundlage

Art. 20 Satz 2 GG:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke

In Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.

Wer darf wählen?

- i.d.R. Alle Deutschen über 18,
die mind. seit 3 Monaten im Wahlgebiet wohnen.
- Aktives Wahlrecht, d.h.: Recht zu wählen
- Passives Wahlrecht, d.h. Recht gewählt zu werden



Welche Grundsätze gelten bei uns für die Durchführung einer Wahl?

Allgemein: Alle wahlberechtigten Bürger können wählen oder ergewählt werden.

Unmittelbar: Die Wählerstimmen werden Direkt für die Zuteilung der Abgeordnetensitze verwendet. Es gibt Keine Zwischeninstanzen wie z.B. Wahlmänner

Frei: Die Stimme kann Frei von staatlichen Zwang oder sonstiger unzulässiger Beeinflussung abgegeben werden.

Gleich: Alle. Wahlberechtigten haben Gleich viele Stimmen zu vergeben. Alle Stimmen haben Gleiches Gewicht.

Geheim: Es darf nicht feststellbar sein wie der einzelne Bürger gewählt hat

Wodurch unterscheiden sich die verschiedenen Wahlsysteme?

<u>Mehrheitswahlsystem</u>	<u>Verhältniswahlsystem</u>
<u>Kennzeichen:</u> <ul style="list-style-type: none">• Der Wähler gibt seine Stimme <u>Einem Kandidaten</u>• Der Kandidat z.B. <u>Mit den meisten Stimmen</u> ist gewählt (Relative Mehrheitswahl) <u>Vorteile:</u> <ul style="list-style-type: none">• <u>Der Wähler kennt die Kandidaten</u>• <u>Der Kandidat muss sich stärker um die Wähler bemühen</u>• <u>Nachteile:</u> <ul style="list-style-type: none">• <u>Viele Stimmen gehen verloren</u>• <u>"Unpopuläre" Fachleute haben es schwer gewählt zu werden</u>	<u>Kennzeichen:</u> <ul style="list-style-type: none">• Der Wähler gibt seine Stimme <u>Einer Partei</u> <p>Die Sitzverteilung im Parlament erfolgt nach dem prozentualen Stimmenanteil der Partei. → 20% der Stimmen = 20% der Sitze</p> <u>Vorteile:</u> <ul style="list-style-type: none">• <u>Der wählerwille wird genau so wiedergegeben</u>• <u>Wichtige Kandidaten (z.B. Fachleute) werden über Listenplätze abgesichert</u> <u>Nachteile:</u> <ul style="list-style-type: none">• Schwierige Regierungsbildung durch <u>Viele kleine Parteien im Parlament</u>• Kandidaten auf den Parteilisten sind dem Wähler <u>Weniger bekannt</u>

Das Wahlrecht für die Wahlen zum Deutschen Bundestag

Das bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag angewandte Wahlrecht lässt sich nach seinen entscheidenden Merkmalen als „**personalisiertes Verhältniswahlrecht**“ bezeichnen. Es verbindet Elemente der Personen- und der Listenwahl, der Mehrheits- und der Verhältniswahl zu einem Mischsystem, das die beiden Ziele demokratischer Wahlen — dem Bürgerwillen unverfälschten Ausdruck zu verleihen und die Bildung handlungsfähiger Regierungsmehrheiten zu ermöglichen — recht gut miteinander in Einklang bringt. Es hat damit wesentlich zur politischen Stabilität der Bundesrepublik beigetragen.

Bei der Bundestagswahl verfügt jeder Wähler über zwei Stimmen. Mit der **Erststimme** entscheidet er sich für einen der Bewerber, die in seinem Wahlkreis persönlich kandidieren. Gewählt ist in jedem Wahlkreis der Kandidat oder die Kandidatin mit der größten Stimmenzahl (*relative Mehrheitswahl*). Auf diese Weise wird in den 299 Einer-Wahlkreisen die Hälfte der gesetzlich vorgesehenen 598 Bundestagsmandate *direkt* vergeben.

Für die endgültige Sitzverteilung zwischen den Parteien und damit für das politische Kräfteverhältnis im Bundestag ist jedoch die **Zweitstimme** ausschlaggebend. Mit ihr unterstützt der Wähler die Landesliste einer politischen Partei. Liegt das Wahlergebnis vor, werden die im jeweiligen Bundesland zu vergebenden Mandate (ihre Anzahl entspricht der doppelten Zahl der Wahlkreise) im Verhältnis der Zweitstimmen auf die Landeslisten aufgeteilt. Um eine Zersplitterung der politischen Kräfte zu vermeiden, kommen bei der Mandatsverteilung allerdings nur diejenigen Parteien zum Zuge, die mindestens 5% der bundesweit abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder aber drei Wahlkreismandate (Direktmandate) errungen haben. Nur die Parteien nationaler Minderheiten sind von dieser *Sperrklausel* ausgenommen.

Auf die Zahl der Sitze, die einer Partei in einem Land nach dem Zweitstimmenanteil zufallen, werden die Direktmandate angerechnet, die von den Kandidaten der Partei in diesem Land erobert wurden. Die dann noch zu vergebenden Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Erhält eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate, als ihr nach der Verteilung der Zweitstimmen zustünden, bleiben ihr diese so genannten *Überhangmandate* erhalten. Die übrigen Parteien erhalten dafür in einem komplizierten Verfahren so viele *Ausgleichsmandate* zugewiesen, dass die Zusammensetzung des vergrößerten Bundestages insgesamt wieder dem Verhältnis der Zweitstimmen auf Bundesebene entspricht.

